



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

GZ 10.000/102-Par1/91

Wien, 13. Jänner 1992

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

1920 IAB
1992 -01- 13
zu 1951 IJ

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1951/J-NR/91, betreffend Maßnahmen gegen neonazistische Wiederbetätigungen an den Schulen, die die Abgeordneten Dr. SCHRANZ und Genossen am 13. November 1991 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Ist es richtig, daß im Fall Otto Schatzmeier ein Disziplinarverfahren anhängig ist?
2. Ist es richtig, daß Otto Schatzmeier vom Dienst suspendiert ist und bleibt?

Antwort zu 1. und 2.:

Es handelt sich bei Otto Schatzmeier um einen Kärntner Landeslehrer; somit fallen dienstrechtliche und disziplinarische Maßnahmen in den Kompetenzbereich der Kärntner Landesregierung. Das Amt der Kärntner Landesregierung hat als Dienstbehörde Anzeige erstattet und Otto Schatzmeier ist vorläufig vom Dienst suspendiert.

3. Welche Maßnahmen könnten gesetzt werden, um neonazistische Aktivitäten um und in Schulen hintanzuhalten?
4. Sehen Sie eine Möglichkeit, im Rahmen der Lehrerfortbildung Maßnahmen zu setzen, um neonazistische Tätigkeit möglichst auszuschließen?

Antwort zu 3. und 4.:

Im Hinblick darauf, daß durch Verbote bzw. gesetzliche Sanktionen nur eine sehr beschränkte Möglichkeit besteht, gegen neonazistisches Gedankengut vorzugehen, erscheint es wesentlich, demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen zu stärken. Hierbei sind insbesondere Informationen über die Entstehung sowie über die Durchsetzung nationalsozialistischen Denkens damals und heute von Bedeutung. Es ist Aufgabe der politischen Bildung, Schülerinnen und Schüler zur kritischen Auseinandersetzung mit neonazistischer und rechtsextremistischer Propaganda zu befähigen.

Seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst werden daher seit Jahren zusätzlich zu den Schulbüchern Materialien, die sich kritisch mit der österreichischen Zeitgeschichte sowie mit neonazistischen und rechtsextremistischen Aktivitäten und Strategien auseinandersetzen, kostenlos zur Verfügung gestellt.

Im November 1991 wurde in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zuletzt die soeben erschienene Publikation "Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und 'revisionistische' Geschichtsschreibung" zusammengestellt und herausgegeben. (Liste der angebotenen Materialien siehe Beilage I)

Weiters bietet das Bundesministerium für Unterricht und Kunst in Zusammenarbeit mit Zeitgeschichte- und Politikwissenschaftsinstituten österreichischer Universitäten seit über zehn Jahren auch die Möglichkeit, Zeitzeug/innen - Opfer des Nationalsozialismus - an Schulen zu Gesprächen einzuladen. Die Kosten dafür trägt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst. (Erlaß zum Referent/innenvermittlungsdienst siehe Beilage II)

Im Rahmen der in Österreich freiwilligen Lehrer/innenfortbildung werden auch Veranstaltungen zu einschlägigen Themen angeboten.

- 3 -

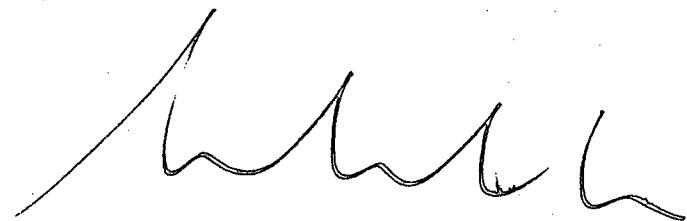
So werden zum Beispiel immer wieder im Rahmen des Hochschullehrganges "Politische Bildung für Lehrer/innen" die Seminare "Faschistische Strömungen (untersucht vor allem am Beispiel Österreichs)" und "Sprache und Macht - Sprache und Politik" angeboten. Gesellschaftliche Probleme und die politische Kultur eines Landes können jedoch nicht alleine von der Schule bzw. im Rahmen der Lehrer/innenfortbildung gelöst bzw. nachhaltig beeinflußt werden. Dies ist nur im Zusammenwirken aller demokratischer Kräfte, insbesondere jener, die bedeutenden Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, möglich.

5. Halten Sie legislative Maßnahmen in Ihrem Bereich für notwendig, um neonazistischen Aktivitäten nachdrücklich entgegenzuwirken?
6. Wenn ja, welche Regierungsvorlagen werden Sie dem Nationalrat zur Beschlußfassung vorlegen?

Antwort zu 5. und 6.:

Die schulrechtlichen und dienstrechtlichen gesetzlichen Vorschriften erscheinen ausreichend, sodaß weitere legislative Maßnahmen nicht vorgesehen sind. Dies zeigen auch die ergriffenen Maßnahmen. Im übrigen handelt es sich um das Problem der Einhaltung schulrechtlicher Vorschriften (§ 2 SchOG, Lehrpläne u.a.) und der Schulaufsicht (einschließlich der pädagogischen Verantwortung des Schulleiters gem. § 56 SchUG).

Beilagen



Beilage I



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Sachbearbeiterin:
VB Erika SPANIEL
Tel.: 0222/531 20-4128

GZ 33.466/210-I/11/91

An die
Landesschulräte
(Stadtschulrat für Wien)

An die
Pädagogischen und
Berufspädagogischen Akademien

An die
Direktionen der
Zentrallehranstalten

Angebot von Informationen gegen rechtsextreme Propaganda

Im Hinblick auf wiederholte Zusendungen bzw. Verteilungen von rechtsextremen Schriften an Schüler/innen und Lehrer/innen stellt die Abteilung für Politische Bildung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst folgende Informationen kostenlos zur Verfügung:

Anne-Frank-Zeitung von der Anne-Frank-Stiftung aus Amsterdam

Eine Zeitung für Schüler/innen über die Verfolgung von Juden und Jüdinnen unter dem nationalsozialistischen Regime am Beispiel der Familie FRANK (Neuauflage)

Liebe Kitty - Leben und Tagebuch der Anne Frank (Videofilm, 25 Minuten)

Anhand des Tagebuches der Anne Frank wird das Leben und das Schicksal der Anne Frank dokumentiert. Verleih und Auskunft beim SHB-Medienzentrum, Plunkergasse 3 - 5, 1152 Wien, Tel.: 0222/95 85 68.

Nur ein Tagebuch - Anne Frank (16mm-Film, 23 Minuten)

Filmische Collage über den Lebensweg der Anne Frank, vor dem Hintergrund des Aufstieges des Nationalsozialismus und seiner Rassenideologie. Verleih und Auskunft beim SHB-Medienzentrum, Plunkergasse 3 - 5, 1152 Wien, Tel.: 0222/95 85 68.

-2-

Wahrheit oder Lüge. Der Streit um das Tagebuch der Anne Frank
Zwei Tonbandkassetten einer vierteiligen Radiokollegsending - Aus-
kunft und Ankauf beim SHB-Medienzentrum, Plunkergasse 3 - 5, 1152
Wien, Tel.: 0222/95 85 68.

Menschenbilder

Tonbandkassette einer Radiokollegsending - Auskunft und Ankauf
beim SHB-Medienzentrum, Plunkergasse 3 - 5, 1152 Wien, Tel.:
0222/95 85 68.

Referentenvermittlungsdienst zur Zeitgeschichte Zl. 28.432/29- I/11a/86

Möglichkeit der Einladung von Zeitzeugen/innen - vom National-
sozialismus verfolgte Menschen - an Schulen.

Das Lachout-"Dokument" - Anatomie einer Fälschung

Eine Broschüre vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Wi-
derstandes (DÖW) die am Beispiel des Lachout-"Dokumentes" zeigt,
wie heute die millionenfache Ermordung von Menschen in den Kon-
zentrationen lagern zu leugnen versucht wird.

Hans Marsálek; Giftgas im KZ Mauthausen

Informationen über die Vergasungsaktionen im Konzentrationslager
Mauthausen (Herausgeber DÖW)

Florian Freund; KZ Ebensee-Außenlager von Mauthausen

Das KZ Ebensee war eines von 40 Außenlagern des KZ Mauthausen, in
denen KZ-Häftlinge für die Kriegswirtschaft arbeiten mußten
(Herausgeber DÖW)

Rückkehr unerwünscht - Konzentrationslager Mauthausen

Videofilm über das Konzentrationslager Mauthausen - Verleih und
Auskunft beim SHB-Medienzentrum, Plunkergasse 3-5, 1152 Wien,
Tel.: (0222) 92 26 16/38.

Wissen macht "HALT" haltlos

Informationsblatt für Schüler gegen die rechtsextreme Propaganda-
zeitung "HALT"

-3-

Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und "revisionistische" Geschichtsschreibung

Broschüre mit Informationen über "revisionistische" Geschichtsschreibung wie über neonazistische Computerspiele.

(Erscheint im Herbst 1991)

Sinti und Roma. Verfolgt - ermordet - vergessen

Plakatserie über den Leidensweg der Roma und Sinti, von deren schrittweiser Ausgrenzung aus der Gesellschaft über Vertreibung, Verhaftung, Internierung in Zwangslagern und Deportation bis zur systematischen Ermordung in Vernichtungslagern.

Die angeführten Angebote sollen als Information und Unterstützung zu einer fundierten Auseinandersetzung mit Strategien und Argumenten rechtsextremer Agitation beitragen. Kritische Konfrontation sollte insbesondere in diesem Bereich pädagogischer Arbeit, der Tabuisierung und dem Verbot vorgezogen werden.

Sämtliche angebotenen Materialien (mit Ausnahme der Videofilme, Filme und Kassetten) sind schriftlich mit Schulstempel bei der Abteilung für Politische Bildung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, Minoritenplatz 5, 1014 Wien, (z.Hd. Frau Erika Spaniel) zu bestellen und werden kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Landesschulräte sowie der Stadtschulrat für Wien werden ersucht, den Erlaß im do. Bereich bekanntzumachen.

Wien, 26. August 1991

Für den Bundesminister:

Morawek

F.d.R.d.A.:



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Sachbearbeiterin:
Kmsr. Mag. Sigrid STEININGER
Tel.: 53120-4326

GZ 33.466/272-I/11/91

An die
Landesschulräte
(Stadtschulrat für Wien)

An die
Direktionen der
Pädagogischen und Berufs-
pädagogischen Akademien

An die
Direktionen der
Zentrallehranstalten

Nationalfeiertag 1991

Aus Anlaß des Nationalfeiertages und der Bedeutung für die Gegenwart sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, stellt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst in der Beilage allen Schulen den Text der von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 vor dem Nationalrat gehaltenen Rede zur Verfügung. In dieser Rede wies der Bundeskanzler aus Anlaß des Krieges in Jugoslawien darauf hin, daß man die Probleme von heute nicht verstehen kann ohne die Geschichte zu kennen. Gerade im Hinblick auf ein neues Europa legte der Bundeskanzler namens der österreichischen Regierung das Bekenntnis "zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen" ab.

Zur Behandlung des Themas im Unterricht weist das Bundesministerium für Unterricht und Kunst auch auf die anlässlich des Gedenkjahres 1988 entstandene Broschüre "1938 - 1988. Vom Umgang mit unserer Vergangenheit" (Peter Malina und Gustav Spann) sowie das Buch "Österreicher und der Zweite Weltkrieg" (herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport) hin. Diese

Publikationen stehen den Schulen kostenlos zur Verfügung. Bestellungen sind schriftlich (mit Schulstempel) an das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Abteilung für Politische Bildung, z.Hd. Frau Spaniel, Minoritenplatz 5, 1014 Wien, zu richten.

Es wird ersucht, den Erlaß im do. Bereich allen Lehrer/innen sowie Eltern und Schülervertreter/innen bekanntzugeben.

Beilage

Wien, 11. Oktober 1991

Der Bundesminister:

Dr. Scholten

F.d.R.d.A.:

**Auszug aus der Erklärung des
Herrn Bundeskanzlers im Nationalrat**

Wien, 8. Juli 1991

Zur Verfügung gestellt vom Bundespressedienst

Es gilt das gesprochene Wort

Hohes Haus!

Ich bin überzeugt davon, daß wir alle gelernt haben und darin übereinstimmen, daß man die Probleme Jugoslawiens aber auch anderer Staaten in diesem Raum, in dem wir leben, nicht verstehen kann, ohne auch die Geschichte dieses Raums zu kennen und sich damit sorgfältig und ehrlich auseinanderzusetzen. Dies gilt selbstverständlich auch für Österreich. Wenn Österreich in all diesen dramatischen und aktuellen Fragen als Gesprächspartner

ernst genommen werden will, wenn wir haben wollen, daß unsere Diskussionsbeiträge zu den Problemen in Mitteleuropa als sachgerecht und mit moralischer Autorität ausgestattet betrachtet werden, dann müssen wir auch in der Bewertung unserer eigenen Geschichte die strengsten Maßstäbe anlegen und dürfen vor einer klaren Sprache nicht zurückschrecken.

Wir erleben heute den Anbruch einer neuen Ära in Europa, eine einzigartige Zäsur zwischen dem, was dieser Kontinent noch gestern war, und was er von nun an werden kann. Damit meine ich nicht nur das Ende der Konfrontation zwischen Ost und West, das Ende der Mauern und Stacheldrahtzäune. Es ist auch das Ende der letzten Diktaturen auf diesem Kontinent, die Überwindung auch des letzten Erbes einer Vergangenheit, in der so viel Unheil über die Völker Europas gebracht worden ist. Europa setzt neue Maßstäbe für sich selbst. Es sind die Maßstäbe der Freiheit und der Menschenrechte und der Demokratie. Maßstäbe für das Benehmen aller Regierungen ihren eigenen Völkern gegenüber und Maßstäbe für das Benehmen der Staaten untereinander. Alle europäischen Nationen haben das ihre dazu beizutragen, um diese neue Ära Wirklichkeit werden zu lassen.

Daher ist es nicht zulässig, daß Zeiten, in denen eine Diktatur soviel Leid über die Menschen gebracht hat, eine Diktatur, zu deren Zielen von Anfang an Verfolgung und Krieg gehörten, daß auch nur irgendein Aspekt dieser Zeit von heutigen Trägern politischer Verantwortung in unserem Land positiv bewertet wird. Gerade wir in Österreich müssen wissen, was es geheißen hat, Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit zu verlieren. Auch und gerade, weil es nicht wenige Österreicher gab, die vom größeren Reich und seinen größeren wirtschaftlichen Möglichkeiten viel erwartet hatten. Doch im Namen dieses Reiches wurden hunderttausende Österreicher eingekerkert, vertrieben oder ermordet und mehr als 250.000 sind im Krieg umgekommen. Das war das Unheil, das die NS-Diktatur über unser Land gebracht hat. Viele haben Widerstand geleistet und dabei ihr Leben für Österreich gegeben. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben, die Teil hatten an den Verfolgungen und Verbrechen dieses Reichs. Und gerade, weil wir unsere eigene leidvolle Erfahrung in dieses neue Europa einbringen wollen, gerade weil wir in den letzten Tagen so nachdrücklich daran erinnert werden, was Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechte für

kleine Völker bedeuten, gerade deshalb müssen wir uns auch zu der anderen Seite unserer Geschichte bekennen: zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.

Es ist unbestritten, daß Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konsequenzen geworden war: die unmittelbar einsetzende Verfolgung brachte hunderttausende Menschen unseres Landes in Gefängnisse und Konzentrationslager, lieferte sie der Tötungsmaschinerie des Nazi-Regimes aus, zwang sie zu Flucht und Emigration. Hunderttausende fielen an den Fronten oder wurden von den Bomben erschlagen. Juden, Zigeuner, körperlich oder geistig Behinderte, Homosexuelle, Angehörige von Minderheiten, politisch oder religiös Andersdenkende - sie alle wurden Opfer einer entarteten Ideologie und eines damit verbundenen totalitären Machtanspruchs.

Dennoch haben auch viele Österreicher den Anschluß begrüßt, haben das nationalsozialistische Regime gestützt, haben es auf vielen Ebenen der Hierarchie mitgetragen. Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle.

Über eine moralische Mitverantwortung für Taten unserer Bürger können wir uns auch heute nicht hinwegsetzen. Vieles ist in den vergangenen Jahren geschehen, um, so gut dies möglich war, angerichteten Schaden wieder gut zu machen, angetanes Leid zu mildern. Vieles bleibt nach wie vor zu tun, und die Bundesregierung wird auch weiterhin alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um jenen zu helfen, die von den bisherigen Maßnahmen nicht oder nicht ausreichend erfaßt, oder bisher in ihren moralischen oder materiellen Ansprüchen nicht berücksichtigt wurden.

Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen; und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen - bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten.

Dieses Bekenntnis haben österreichische Politiker immer wieder abgelegt. Ich möchte das heute ausdrücklich auch im Namen der Bundesregierung tun; als Maßstab für das Verhältnis, das wir heute zu unserer Geschichte haben müssen, also als Maßstab für die politische Kultur in unserem Land; aber auch als unseren Beitrag zur neuen politischen Kultur in Europa.